



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 10. Juli 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor der parlamentarischen Sommerpause liegt eine intensive Sitzungswoche mit wichtigen Weichenstellungen hinter uns. Viele Menschen spüren derzeit sehr genau: Unser Land steht vor großen Veränderungen, weil sich auch die Welt um uns herum verändert. Gerade deshalb kommt es darauf an, Probleme nicht nur zu beschreiben, sondern sie konkret zu lösen. Genau mit diesem Anspruch arbeitet die Koalition in diesen Wochen und Monaten an einer breiten Reformagenda.

In dieser Woche haben wir weitere Schritte auf den Weg gebracht, um Deutschland sicherer und widerstandsfähiger zu machen – etwa durch Maßnahmen für mehr Versorgungssicherheit, den weiteren Bürokratieabbau und eine modernere Verwaltung. Wir haben darüber beraten, wie Verfahren digitaler und einfacher werden, wie Familien entlastet werden können und wie Staat und Wirtschaft wieder verlässlicher funktionieren.

Ein wichtiger Schritt ist auch die neue Grundsicherung, die seit dem 1. Juli gilt. Unser Grundsatz ist klar: Wer arbeiten kann, soll arbeiten.

Wer Unterstützung braucht, soll sie erhalten – aber der Sozialstaat muss zugleich Leistungsgerechtigkeit und Eigenverantwortung stärken.

All diese Reformen folgen einem gemeinsamen Ziel: Deutschland braucht wieder mehr Wachstum. Denn nur eine wachsende Wirtschaft kann sichere Arbeitsplätze, stabile Sozialversicherungen, moderne Infrastruktur und innere wie äußere Sicherheit dauerhaft finanzieren. Gleichzeitig dürfen wir die Lasten nicht einfach auf kommende Generationen verschieben. Wachstum ohne immer neue Schulden bleibt deshalb unser Maßstab.

Die 2020er-Jahre werden vermutlich als Jahre des Umbruchs in Erinnerung bleiben. Unsere Aufgabe ist es, daraus gute 2030er-Jahre zu machen – mit neuer Stärke, neuem Vertrauen und neuer Zuversicht.

Herzliche Grüße,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Erster Schritt zur GKV-Reform**
- **Gebäudemodernisierung mit Vernunft**
- **Starker Rechtsstaat, moderne Bundespolizei**

Erster Schritt zur GKV-Reform.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser in dieser Sitzungswoche über das GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz beraten. Damit wird ein erster großer Schritt für eine umfassende Reform der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die Krankenkassenbeiträge ab dem Jahr 2027 dauerhaft zu stabilisieren und die Finanzierung der Gesundheitsversorgung wieder auf eine verlässlichere Grundlage zu stellen.

Im Mittelpunkt steht die Rückkehr zu einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik. Künftig sollen Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung stärker daran ausgerichtet werden, wie sich die tatsächlichen Kosten und die beitragspflichtigen Einnahmen entwickeln. Zugleich sollen Beitragsmittel effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden. Leistungen und Sondervergütungen, die keinen nachweisbaren Beitrag zu einer besseren Versorgung leisten, sollen überprüft und abgeschafft werden.

Im parlamentarischen Verfahren wurden zudem wichtige Anpassungen vorgenommen. Der Bund wird die Krankenkassen bei der Versorgung von Grundsicherungsempfängern stärker unterstützen. Außerdem wird der Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung weniger stark gekürzt als ursprünglich vorgesehen. Beim Beitragszuschlag für mitversicherte Ehegatten und Lebenspartner wird stärker auf familiäre Betreuungssituationen Rück-

sicht genommen: Wenn Kinder unter zwölf Jahren betreut werden, soll dieser Zuschlag nicht erhoben werden. Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern bleibt vollständig erhalten.

Mit dem Gesetz wird die Grundlage dafür geschaffen, die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren und zugleich eine gute medizinische Versorgung in Deutschland langfristig zu sichern.

***Standpunkt:** Eine gute Gesundheitsversorgung braucht eine solide Finanzierung. In den vergangenen Jahren sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich gestiegen. Ohne Reformen würden weiter steigende Beiträge Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner sowie Unternehmen zusätzlich belasten. Das wäre weder gerecht noch wirtschaftlich vernünftig.*

Deshalb ist es richtig, jetzt gegenzusteuern. Entscheidend ist, dass die vorhandenen Beitragsmittel dort eingesetzt werden, wo sie den Patientinnen und Patienten tatsächlich zugutekommen. Nicht jede zusätzliche Ausgabe verbessert automatisch die Versorgung. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht klare Prioritäten, effiziente Strukturen und eine faire Verteilung der Lasten.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Wir wollen stabile Beiträge, eine verlässliche Gesundheitsversorgung und einen Sozialstaat, der dauerhaft finanzierbar bleibt. Das GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz ist dafür ein wichtiger erster Schritt. Weitere Reformen werden folgen müssen, damit unser Gesundheitswesen auch in Zukunft stark, solidarisch und leistungsfähig bleibt. •

Gebäudemodernisierung mit Vernunft.

Die Frage, wie wir künftig heizen, beschäftigt viele Menschen ganz konkret: Eigentümerinnen und Eigentümer, Mieterinnen und Mieter, Handwerksbetriebe und Kommunen. Genau deshalb braucht es in der Gebäudepolitik Regeln, die verständlich, bezahlbar und praktisch umsetzbar sind.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Sitzungswoche über das neue Gebäudemodernisierungsgesetz beraten. Damit wird ein zentrales Vorhaben der Koalition umgesetzt: Das bisherige Heizungsgesetz der Ampel-Regierung wird abgeschafft und durch praxistauglichere, technologieoffenere und einfachere Regelungen ersetzt. Konkret werden die kleinteiligen und bürokratischen Vorgaben im Gebäudeenergiegesetz gestrichen. Die bisherige pauschale Vorgabe, wonach neue Heizungen grundsätzlich mindestens 65 Prozent erneuerbare Energien nutzen müssen, entfällt. Eigentümerinnen und Eigentümer erhalten damit wieder mehr Entscheidungsfreiheit bei der Frage, welche Heizlösung zu ihrem Haus, ihrer Lebenssituation und ihren finanziellen Möglichkeiten passt.

Künftig bleiben verschiedene Heizsysteme möglich: neben Wärmepumpen und Fernwärmeanschlüssen auch Hybridlösungen, Biomasseheizungen sowie moderne Gas- und Ölheizungen. Zugleich wird der Klimaschutz nicht aus dem Blick verloren.

Für neue Gas- und Ölheizungen ist vorgesehen, dass sie ab 2029 schrittweise einen zunehmenden Anteil klimaneutraler Brennstoffe nutzen. Zudem sollen Mieterinnen und Mieter vor überhöhten Nebenkosten geschützt werden, wenn eine unwirtschaftliche Heizung eingebaut wird.

Mit dem Gebäudemodernisierungsgesetz setzen wir auf mehr Freiheit, weniger Bürokratie und eine realistische Wärmewende, die vor Ort tatsächlich umsetzbar ist.

***Standpunkt:** Das Heizungsgesetz der Ampel hat viele Menschen verunsichert. Eigentümerinnen und Eigentümer hatten den Eindruck, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird und individuelle Lebenssituationen zu wenig berücksichtigt werden. Gerade im Gebäudebereich braucht es aber Lösungen, die technisch machbar, wirtschaftlich tragfähig und sozial ausgewogen sind.*

Deshalb ist der neue Ansatz richtig: Klimaschutz bleibt wichtig, aber er muss mit Vernunft, Technologieoffenheit und Respekt vor dem Eigentum gestaltet werden. Nicht jedes Haus ist gleich, nicht jede Familie hat dieselben finanziellen Möglichkeiten und nicht überall steht dieselbe Infrastruktur zur Verfügung. Politik muss diese Realität anerkennen.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Die Wärmewende gelingt nicht durch Überforderung, sondern durch Akzeptanz, Planungssicherheit und praktikable Lösungen. Das Gebäudemodernisierungsgesetz gibt den Menschen Entscheidungsspielraum zurück und sorgt zugleich dafür, dass Klimaschutz im Gebäudebereich realistisch weitergeht. •

Starker Rechtsstaat, moderne Bundespolizei.

Sicherheit im Alltag beginnt an Orten, an denen täglich viele Menschen unterwegs sind: an Bahnhöfen, Flughäfen und unseren Grenzen. Genau dort ist die Bundespolizei besonders gefordert. Deshalb hat der Deutsche Bundestag in dieser Sitzungswoche die Reform des Bundespolizeigesetzes beschlossen.

Es ist die erste umfassende Modernisierung der rechtlichen Grundlagen der Bundespolizei seit mehr als 30 Jahren. Die Sicherheitslage hat sich seit 1994 deutlich verändert. Neue Bedrohungen, technologische Entwicklungen und veränderte Formen von Kriminalität erfordern zeitgemäße Befugnisse für die Einsatzkräfte.

Mit dem neuen Gesetz erhält die Bundespolizei unter anderem erweiterte Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr an Bahnhöfen, Flughäfen und Außengrenzen. Dazu gehören verdachtsunabhängige Kontrollen in Messerverbotzonen, bessere Befugnisse bei der Abwehr von Drohnen sowie moderne Ermittlungsinstrumente im digitalen Bereich. Auch der Einsatz automatisierter Videotechnik kann künftig helfen, Gefahren, gefährliche Gegenstände oder auffällige Bewegungsmuster an besonders sensiblen Orten schneller zu erkennen.

Zugleich werden die Möglichkeiten verbessert, gegen vollziehbar ausreisepflichtige Personen vorzugehen, etwa durch eigene Befugnisse der Bundespolizei zur Be-

antragung von Haft. Damit werden Schutz, Gefahrenabwehr und Rechtsdurchsetzung im Aufgabenbereich der Bundespolizei gestärkt.

***Standpunkt:** Die Bundespolizei leistet jeden Tag einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit unseres Landes. Wer an Bahnhöfen, Flughäfen oder Grenzen unterwegs ist, muss sich darauf verlassen können, dass der Staat handlungsfähig ist und Gefahren wirksam begegnen kann. Dafür braucht es moderne Befugnisse. Kriminalität und Bedrohungen entwickeln sich weiter – also müssen auch die rechtlichen Instrumente unserer Sicherheitsbehörden auf der Höhe der Zeit sein. Es wäre nicht verantwortungsvoll, Einsatzkräfte mit Regelungen aus den 1990er-Jahren arbeiten zu lassen, während Täter längst moderne Technik nutzen und Sicherheitsrisiken komplexer geworden sind.*

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Ein starker Rechtsstaat schützt die Bürgerinnen und Bürger, wahrt zugleich klare rechtsstaatliche Grenzen und gibt den Sicherheitsbehörden die Mittel an die Hand, die sie für ihre Arbeit brauchen. Die Reform des Bundespolizeigesetzes ist deshalb ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit im Alltag. •

Die gute Nachricht der Woche **Wir stärken Verteidigung und Spitzentechnologie.**

In einer außen- und sicherheitspolitisch angespannten Zeit gibt es in dieser Woche gleich zwei gute Nachrichten für Deutschland: Unser Land stärkt seine Verteidigungsfähigkeit und zugleich seine Rolle als leistungsfähiger Industrie- und Rüstungsstandort.

Zum einen hat sich Deutschland mit den USA auf den Kauf von Tomahawk-Marschflugkörpern verständigt. Damit wird eine wichtige Fähigkeitslücke in der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit geschlossen. Gerade angesichts der Bedrohung durch Russland zeigt sich: Deutschland und Europa müssen mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen. Dazu gehört, dass wir unsere Bundeswehr und unsere Verteidigungsfähigkeit modernisieren und zugleich eng mit unseren Verbündeten zusammenarbeiten.

Zum anderen hat Kanada entschieden, bis zu zwölf U-Boote beim deutschen Hersteller TKMS bauen zu lassen. Dieser Auftrag ist nicht nur ein großer Erfolg für den Standort Deutschland, sondern auch ein starkes Signal für die transatlantische und europäische Zusammenarbeit. Die U-Boote sollen auf einem gemeinsam von Deutschland und Norwegen entwickelten Modell basieren. Damit entsteht eine enge sicherheitspolitische und industrielle Kooperation zwischen Deutschland, Norwegen und Kanada.

Beide Meldungen zeigen: Deutschland kann Spitzentechnologie, Deutschland ist ein verlässlicher Partner und Deutschland übernimmt Verantwortung. Sicherheitspolitik, industrielle Stärke und internationale Partnerschaften gehören heute enger zusammen denn je. Genau hier liegt eine wichtige Chance für unser Land: Wir stärken unsere Sicherheit, sichern Arbeitsplätze und zeigen, dass Deutschland auch in einer veränderten Welt handlungsfähig bleibt. •